

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Böhrnsen,
sehr geehrter Herr Intendant Metzger,
lieber Herr Schulze, lieber Herr Hübotter
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Freunde der Denkmalpflege!

Die zentrale landesweite Eröffnungsveranstaltung zum Tag des offenen Denkmals ist für den Landeskonservator immer wieder eine gute Gelegenheit, einige grundsätzliche Anmerkungen zur Situation der Denkmalpflege zu machen. So will ich es in diesem Jahr auch wieder handhaben und Ihnen weniger das heutige sehr interessante Programm zum Tag des offenen Denkmal näher bringen, da Sie sicher durch unsere vielfältigen Informationen, Programm-Flyer, Presse und Internet – so glaube ich - bestens auf den heutigen Tag vorbereitet sind. Sie wissen, was Sie erwartet und haben sicherlich schon für den heutigen Tag Ihr individuelles Programm zusammengestellt. Historische Orte des Genusses ist ein Thema, das breit angelegt viele Bereiche menschlicher Freuden anspricht, nämlich die leiblichen Genüsse, für die Bremen z.B. mit seiner vielfältigen Genussmittel-Produktions-industrie steht, aber eben auch die geistigen Genüsse, die ebenfalls in Bremen mit interessanten Kulturveranstaltungsstätten herausragend vertreten sind.

Ich möchte Ihnen aber, wie gerade angekündigt, nicht aus unserem Programm zitieren – schon gar keine Empfehlungen aussprechen -, sondern vielmehr will ich auf Dinge eingehen, die eher grundsätzlicher und aktueller Natur sind und die die denkmalpflegerische Arbeit ganz allgemein berühren.

Dass ich heute hier, an diesem Ort zu Ihnen spreche, ist fast eine Sensation! Bedrohlich nahe waren die Abrissbagger bereits dem Sendesaal von Radio Bremen gerückt. Es sah so aus, als ob dieser außergewöhnliche Ort des Musikgenusses nicht zu retten wäre, als ob sich das Landesamt für Denkmalpflege und die vielen anderen Mitstreiter mit ihrem Wunsch nach Erhalt dieses Bauwerks nicht durchsetzen könnten.

Erlauben Sie mir - bei aller gebotenen und mir sonst eigenen Sachlichkeit – diese ganz kleine menschlich-emotionale Regung, dass ich auch ganz persönlich eine gewisse Genugtuung dabei empfinde, einen kleinen Beitrag dazu geleistet zu haben, dass der Sendesaal doch erhalten bleiben konnte. Es ist keine Rechthaberei, dass unsere von Anfang an hartnäckig vorgetragene Vorstellung, dass dieses Areal doch wirtschaftlich zu betreiben ist, richtig war, sondern es ist vielmehr vor allem die Freude darüber, dass die Vernunft gesiegt hat. Es ist nicht dazu gekommen, dass für den individuellen Vorteil einer maximalen Gewinnausnutzung ein für die Allgemeinheit sehr wichtiges Kulturgut geopfert wurde.

Entscheidend ist für mich dabei auch, dass dieser mehrjährige und mit harten Bandagen geführte Kampf, der mich im Grunde seit meiner Amtsübernahme Ende 2001 beschäftigt hat, uns nachdenklich machen muss für die Zukunft. Wir wollen daraus etwas lernen!

Die heftig geführte Diskussion um den Sendesaal ist ein hervorragendes Beispiel für die negative deutschlandweite Entwicklung, dass den ständig angestellten so genannten „Wirtschaftlichkeitsabwägungen“ immer wieder wichtige Kulturdenkmäler zum Opfer fallen. In vielen Teilen Deutschlands, besonders in den neuen Bundesländern, werden laufend von den Denkmalbehörden Objekte zum Abbruch freigegeben, weil Eigentümer vehement vortragen, ein Erhalt sei ihnen wirtschaftlich nicht zumutbar. Der Artikel 14 im deutschen Grundgesetz, die so genannte Sozialbindung des Eigentums und das damit gemeinte Postulat, dass die „Nutzung des Privateigentums zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll“, scheint heute allzu häufig vergessen zu werden. Alle deutschen Denkmalschutzgesetze sagen darüber hinaus klar aus, dass Kulturdenkmäler den gesetzlichen Denkmalschutz genießen, wenn ihr Erhalt im öffentlichen Interesse liegt (z.B. § 2, Bremisches Denkmalschutzgesetz). Durch wissenschaftliche Gutachten und einen förmlichen Unterschutzstellungsakt, wie

es in Bremen gesetzlich geregelt ist, wird dieses allgemeine öffentliche Interesse nachvollziehbar belegt und gerichtsfest begründet. Dennoch kommt es immer wieder vor, dass dann das öffentliche Interesse dem privaten Interesse unterliegt und zwar - so die von mir unterstellte These – allzu oft sehr leichtfertig.

Müssen wir das hinnehmen, auch wenn es von Teilen der Gesellschaft und leider auch immer wieder von der Gerichtsbarkeit so gewollt wird oder sind wir nicht gerade dazu herausgefordert, Widerstand zu leisten oder wenigstens Nachdenklichkeit über diesen Umstand zu schaffen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat aufgezeigt, welchen Wertewandel wir erleben, beziehungsweise wir erlebt haben. Ein unnatürliches überzogenes Gewinnstreben, eine schamlose Gier einzelner, die immer wieder zu Lasten der Gemeinschaft geht, führte zu unglaublichen Auswüchsen, bei denen Mitverantwortung für die Allgemeinheit und Solidarität keinen Platz mehr haben. Der wirtschaftliche Neoliberalismus setzt als einzigen Erfolgsmaßstab die Höhe der Gewinne an. Zu wessen Lasten diese gegangen sind, wird nicht hinterfragt. Was dabei alles auf der Strecke bleibt, wird übersehen, ob es menschliche Existenzen sind – jede Massenentlassung in Unternehmen treibt oft erst einmal den Aktienkurs hoch – oder ob höchste kulturelle Werte leichtfertig aufgegeben werden und verloren gehen. Nur wenige interessiert dies, Hauptsache der Gewinn stimmt.

Sie werden fragen, was hat das mit Denkmalpflege zu tun? Sehr viel, denn der Denkmalpfleger sieht sich fast nur noch mit den Fragen der Gewinnmaximierung auch bei Denkmälern konfrontiert. Ein rauer Wind weht, alles wird ständig in Frage gestellt, selbst denkmalpflegerische Forderungen, die auf nachhaltige Wertsteigerung und bauliche und handwerkliche Qualität zielen, werden immer wieder bekämpft, denn auch hier gilt: „Geiz ist geil“, es kostet nur unnötig Geld!

Schlimmer noch sind die Abwägungen nach der wirtschaftlichen Zumutbarkeit von denkmalpflegerischen Maßnahmen beziehungsweise besonders die wirtschaftliche Zumutbarkeit des Erhalts eines Kulturdenkmals. Denn die Frage mutiert in dramatischer Weise immer öfter zu dem Vorwurf, die Denkmalpflege behindere eine wirtschaftlich tragfähige Nutzung. Gemeint ist damit aber in Wahrheit, dass wegen der Denkmalpflege keine maximal vorstellbare und optimierte Gewinnausnutzung möglich sei. Die Denkmalpflege sieht sich ständig mit Rechenmodellen konfrontiert, in denen nachgewiesen werden soll, dass nach Abriss des Kulturdenkmals deutlich höhere Gewinne generiert werden können. Es wird also gar nicht die eigentlich relevante Frage diskutiert, reichen die Erträge aus, um den weiteren Erhalt und die weitere Pflege des Kulturdenkmals - eventuell mit einem kleinen Überschuss - zu gewährleisten, sondern allein die Frage, ob anders, also durch Aufgabe oder ganz erhebliche Umgestaltung des Kulturdenkmals, erheblich höhere Erträge zu erwirtschaften wären. Es geht also in Wahrheit nicht um Unzumutbares, sondern um angestrebte Toprenditen.

Wir müssen uns diesen Tendenzen entgegenstellen, wir müssen standhaft die Auffassung verbreiten, dass gelegentlich Kulturdenkmäler zwar nicht die lukrativsten Anlagemodelle sind, aber dafür grundsolide und nachhaltig.

Wer das schnelle und große Geld machen möchte, sollte sich von Investmentbankern beraten lassen. Die dort empfohlenen und zum Teil windigen unseriösen Spekulationsmodelle sind es allerdings gewesen, die die allgemeine Erwartungshaltung in unnatürlicher Weise in die Höhe getrieben haben, wogegen bodenständige Denkmal-Immobilien tatsächlich nicht konkurrieren können. Und dennoch muss man kein Mäzen sein, um ein Kulturdenkmal wirtschaftlich tragfähig erhalten zu können. Genau darum wird aber ständig gewetteifert und wenn Denkmalbehörden nicht schon von guten Juristen in die Knie gezwungen werden und im Rahmen einer vorweggenommenen Abwägung die scheinbare

Ausweglosigkeit einsehen, so urteilen dann immer öfter deutsche Gerichte gegen den Denkmalschutz.

In solchen Auseinandersetzungen werden auf immer wiederkehrende Art und Weise Modelle durchexerziert, die Formel heißt „mehr bringt mehr“. Maximale Ausnutzung bringt mehr Ertrag, mehr Nutzfläche, ob in der Gewerbeimmobilie oder im privat genutzten Denkmal, führe zu mehr Wirtschaftlichkeit. Dabei geraten aber viele in eine Spirale, denn mehr heißt zunächst auch mehr Kosten bei den Veränderungen, die wiederum in der Folge auch erwirtschaftet werden wollen. Ein in Bremen lange heftig diskutiertes Objekt ist ein hervorragendes Beispiel hierfür: ein Wasserturm, der im Dach mehrgeschossig ausgebaut werden soll, nimmt bei diesem geplanten Umbau nicht nur als Kulturdenkmal erheblichen Schaden, er verliert sein historisches Erscheinungsbild, seine ausgewogene Proportionalität, er wird zur Paraphrase degradiert. Darüber hinaus werden erst durch die überzogenen Veränderungsabsichten die neuen Anforderungen an die Statik, der enorme Aufwand des Ausbaus selbst sowie die Folgen von groß dimensionierten Erschließungswegen und Fluchtmöglichkeiten die Kosten weiter nach oben getrieben, die dann wiederum die Wirtschaftlichkeitsberechnung belasten. Nein, weniger ist mehr, gerade auch beim Denkmal und dann lassen sich diese auch auskömmlich nutzen und betreiben. Aber dennoch fällt es immer wieder schwer, solche schon im Ansatz falschen Nutzungsmodelle von Seiten einer Denkmalbehörde in Frage zu stellen, denn entsprechend auftretende Investoren konfrontieren uns mit Gutachten, die im Einzelnen von einer Denkmalfachbehörde nicht wirklich widerlegt werden können. Kommt es dann zum Rechtsstreit, kann man nicht sicher sein, dass das vernünftige Modell auch dort eine Bestätigung erfährt.

Man muss auch den Mut haben, die Entscheidung von Gerichten gelegentlich kritisch zu bewerten. Nicht umsonst heißt es so schön: „Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand!“ Wir haben deutschlandweit sehr unterschiedliche Urteile zu beobachten. Ein gemeinsamer Trend scheint jedoch feststellbar, bei dem der Entwicklung Vorschub geleistet werden könnte, dass auch

bei Gerichten das Gewinnstreben einzelner vor den Interessen der Allgemeinheit gestellt wird. Wir brauchen ein allgemeines Umdenken, ein neues verantwortungsvolles Handeln.

So wie inzwischen aus allen politischen Richtungen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise die Forderung laut wird, dass wir wieder mehr staatliche Kontrolle brauchen, fordere ich analog mehr staatliche Durchsetzungskraft auch bei denkmalpflegerischen Fragen und eine Abkehr von den unsäglichen Deregulierungsbestrebungen. Wir haben jahrelangen Abbau staatlicher Einflussmöglichkeiten gerade im Baurecht, in Stadtplanung und eben gerade auch in der Denkmalpflege, der Pflege des historischen Erbes allgemein, erlebt, nun ist die Zeit reif, diese Entwicklungen zu stoppen. Novellierungen von Denkmalschutzgesetzen, die immer eine Schwächung der Position der Denkmalfachbehörden bedeuteten, Personal- und Kompetenzabbau bei den Landesdenkmalämtern waren bundesweite Entwicklungen der letzten Zeit. So kann und darf es nicht weitergehen.

Ich hoffe, ich habe Sie mit diesem dramatischen Szenario nicht zu sehr erschreckt. Eine ganz entscheidende wichtige Anmerkung und Relativierung muss ich anfügen. Das Bundesland Bremen und die Denkmalpflege in Bremen haben hier glücklicherweise deutlich bessere Ausgangspositionen. Die vielfach beschriebene bremische Bürgergesellschaft und den bremischen Bürgersinn gibt es tatsächlich. Es zeigen sich bei uns nicht in gleichem Maße die von mir beschriebenen Phänomene. Wir hatten in Bremen noch keine nachteilige Gesetzesnovellierung und das Landesamt für Denkmalpflege wird seit Jahren von der Politik unterstützt. Auch zeichnen sich Bremische Investoren in der Regel durch verantwortungsvolleren und maßvolleren Umgang aus, was eben bedeutet, dass dort die Gewinnmaximierung nicht im Vordergrund steht. Aber wir beobachten die Zustände im übrigen Deutschland und es werden natürlich externe Investoren in Bremen aktiv. Es ist eine objektiv überprüfbare Feststellung, dass alle schwierigen und großen Projekte, die die Denkmalpflege in Bremen in

den letzten Jahren abgewickelt hat, fast immer problemlos abliefen, wenn wir es mit bremischen Akteuren und bremischen Investoren zu tun hatten. Hier herrschte immer die Überzeugung, dass man auch eine Verantwortung für die Geschichte und Entwicklung der Stadt hat. Fast alle problematischen Fälle der letzten Jahre, die strittig diskutiert wurden – und davon gab es auch einige –, waren Projekte, die von externen auswärtigen Investoren betrieben worden waren.

Mit diesen ernst gemeinten Sätzen möchte ich Sie - vielleicht etwas nachdenklich eingestimmt – entlassen in den Besuch der am heutigen Tag des offenen Denkmals angebotenen Kulturdenkmäler. Bedenken Sie, dass es nicht nur für diesen Sendesaal, in dem wir uns jetzt befinden, sondern z.B. auch für das Kaffee-HAG und Kaba-Ensemble schon Abbruchanträge gab, die wahrscheinlich beide nach gerichtlicher Prüfung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit auch zur Ausführung gekommen wären. Diese Denkmäler wären für immer verloren gewesen. Aber auch diese Objekte, wie viele andere, die in Frage gestellt werden, haben jetzt eine gesicherte Zukunft und zwar auf wirtschaftlich solider Basis. Schauen sie sich die Denkmäler unter diesem Gesichtspunkt an.